

## Mandanteninformation

### Client Information

23 | 04 | 2020

#### ■ M&A COVID-19 Telegramm

Heute erhalten Sie ein weiteres M&A-Update aus Anlass der COVID-19-Pandemie.

##### 1. Gesetzesvorhaben: Verlängerung der Fristen der deutschen Fusionskontrolle

- Eine Formulierungshilfe der Bundesregierung für den Entwurf eines Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Wettbewerbsrecht sieht eine Verlängerung der Fristen der deutschen Fusionskontrolle vor. Die Frist des Vorprüfverfahrens (Phase I) soll von einem auf zwei Monate verlängert werden. Die Frist des Hauptprüfverfahrens soll von vier auf sechs Monate verlängert werden. Dies soll für alle Anmeldungen gelten, die zwischen dem 1. März 2020 und dem Ablauf des 31. Mai 2020 beim Bundeskartellamt eingegangen sind bzw. eingehen, sofern diese nicht bereits freigegeben wurden oder die Freigabe als erteilt gilt.
- Mit der Fristverlängerung soll dem Bundeskartellamt Ermittlungen in den betroffenen Märkten, insbesondere bei dritten Unternehmen, erleichtert werden.

##### 2. Insolvenzrechtliche Instrumente zur Sanierung von Unternehmen in der Krise

Zur Sanierung eines Unternehmens, das wegen der COVID-19-Pandemie in die Krise geraten ist, kommen neben der Durchführung eines regulären Insolvenzverfahrens das sog. Schutzschirmverfahren oder ein Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung in Betracht. Beim Schutzschirmverfahren ist die Sanierung des Unternehmens mit Hilfe eines Insolvenzplans als gesetzliche Regel vorgesehen, beim Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung oder im regulären

#### ■ M&A COVID-19 Wire

Today you will receive another M&A update due to the COVID-19 pandemic.

##### 1. Proposed Legislation: Extension of Review Periods for German Merger Control

- A formulation assistance for the draft of a law to mitigate the consequences of the COVID-19 pandemic in competition law of the German government provides for an extension of the German merger control review periods. The initial phase I review period shall be extended from one month to two months. The phase II review period (for in-depth reviews) shall be extended from four months to six months. This shall apply to all notifications filed with the German Federal Cartel Office between 1 March 2020 and 31 May 2020 (end of the day) unless clearance has already been granted or is deemed to be granted.
- The extension of the review periods shall provide the Federal Cartel Office with sufficient time for its investigations in relevant markets, in particular as regards third parties.

##### 2. Insolvency Law Instruments for the Restructuring of Companies in Crisis

In order to restructure a company that has fallen into crisis due to the COVID-19 pandemic, the so-called protective shield procedure or insolvency proceedings under self-administration can be considered in addition to regular insolvency proceedings. In the case of the protective shield procedure, the reorganisation of the company with the help of an insolvency plan is provided for as a statutory rule, while the implementation of an insol-

Insolvenzverfahren ist die Durchführung eines Insolvenzplans optional möglich. Im Folgenden sollen die einzelnen Verfahren kurz dargestellt werden:

#### a) Vorläufige Eigenverwaltung

- Verbindet der Schuldner den Insolvenzantrag mit einem Antrag auf Eigenverwaltung, kann das Insolvenzgericht – wenn der Antrag nicht offensichtlich aussichtslos ist – schon für das vorläufige Insolvenzverfahren die Eigenverwaltung anordnen. In der vorläufigen Eigenverwaltung bereitet die bestehende Geschäftsführung das Insolvenzverfahren in eigener Verwaltung vor. Das Insolvenzgericht bestellt dafür einen vorläufigen Sachwalter, der die Geschäftsführung/Eigenverwaltung überwacht.
- Der Schuldner bleibt in der vorläufigen Eigenverwaltung grundsätzlich verwaltungs- und verfügungsbefugt. Die Geschäftsleitung erhält so die Möglichkeit – soweit dies nicht schon vor Antragsstellung erfolgt ist – ein eigenes Sanierungskonzept vorzubereiten. Die Eigenverwaltung kann im Anschluss im eröffneten Insolvenzverfahren fortgesetzt und das vorbereitete Sanierungskonzept umgesetzt werden.
- Zur Durchführung des Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung wird der Geschäftsführung des Schuldners in der Regel die Erfahrung und insolvenzrechtliche Expertise fehlen. In der Praxis unterstützt daher üblicherweise ein Sanierungsberater (mit Generalvollmacht) oder ein zum Organ bestellter Sanierungsexperte die Geschäftsführung, so dass neben dem Sachwalter ein weiterer Insolvenzexperte an dem Verfahren beteiligt ist.

#### b) Schutzschirmverfahren

- Das Schutzschirmverfahren ist eine Variante des (vorläufigen) Eigenverwaltungsverfahrens, das auf die Fortführung des zu sanierenden Unternehmens ausgerichtet ist. Dem Schuldner wird mit Anordnung der vorläufigen Eigenverwaltung im Schutzschirmverfahren eine bis zu dreimonatige Frist zur Vorlage eines Insolvenzplans gesetzt, durch den das Unternehmen saniert werden soll. Das Schutzschirmverfahren setzt voraus, dass das Unternehmen zum Zeit-

veny plan is optionally possible in the case of self-administered insolvency proceedings or regular insolvency proceedings. In the following, the individual procedures are briefly described:

#### a) Provisional Self-Administration

- If the debtor combines the insolvency application with a request for self-administration, the insolvency court may - unless the request is obviously futile - order self-administration already for the preliminary insolvency proceedings. In provisional self-administration, the existing management prepares the insolvency proceedings in its own administration. For this purpose, the insolvency court appoints a provisional administrator to monitor the management/self-administration.
- In provisional self-administration, the debtor remains in principle entitled to manage and dispose of the assets. The management is thus given the opportunity - insofar as this has not already been done before the application is filed - to prepare its own restructuring concept. The self-administration can then be continued in the opened insolvency proceedings and the prepared reorganisation concept can be implemented.
- The debtor's management will usually lack the experience and expertise under insolvency law to carry out the insolvency proceedings in self-administration. In practice, therefore, the management is usually supported by a restructuring consultant (with general power of attorney) or a restructuring expert appointed to the board, so that in addition to the administrator, another insolvency expert is involved in the proceedings.

#### b) Protective Shield Procedure

- The protective shield procedure is a variant of the (provisional) self-administration procedure, which is aimed at the continuation of the company to be restructured. The debtor is given a period of up to three months to submit an insolvency plan to reorganise the company by ordering provisional self-administration in the protective shield procedure. The protective shield procedure presupposes that the enterprise is only imminent insolvent and/or over-indebted at the time of the application. Furthermore, the restructuring must not be obviously

punkt der Antragsstellung nur drohend zahlungsunfähig und/oder überschuldet ist. Die Sanierung darf ferner nicht offensichtlich aussichtslos sein, was bei Antragstellung durch einen Experten zu bescheinigen ist (sog. „§ 270b-Bescheinigung“).

- Im Gegensatz zur vorläufigen Eigenverwaltung kann der Schuldner im Schutzschirmverfahren den vorläufigen Sachwalter vorschlagen, wobei das Gericht an den Vorschlag grundsätzlich gebunden ist (es sei denn, der Vorgeschlagene ist offensichtlich ungeeignet). Das Gericht kann zudem anordnen, dass der Schuldner bereits im vorläufigen Eigenverwaltungsverfahren Masseverbindlichkeiten begründen kann, was die Finanzierung des im Schutzschirmverfahren befindlichen Unternehmens erheblich erleichtert. Auf Antrag können außerdem Zwangsvollstreckungsmaßnahmen untersagt oder einstweilen eingestellt werden.
- Die Bezeichnung Schutzschirmverfahren darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich hierbei um ein Insolvenzverfahren handelt, das grundsätzlich auf die Gläubigerbefriedigung ausgerichtet ist. Die bestmögliche Gläubigerbefriedigung soll durch die Fortführung des Geschäftsbetriebs erreicht werden. Im Rahmen des Schutzschirmverfahrens verbleiben die Verwaltungs- und Verfügungsbefugnisse daher beim Unternehmen. Die operativen Geschäfte können daher (zunächst) unter dem Schutzschirm weitergeführt werden. Am Ende des Schutzschirms, das heißt in der Regel drei Monate nach Antragstellung, muss jedoch ein Konzept zur Befriedigung bzw. Abfindung der Gläubiger in Form eines Insolvenzplans vorliegen und umgesetzt werden.

### c) Insolvenzplan

- Die Sanierung durch einen Insolvenzplan, z.B. im Rahmen des Schutzschirmverfahrens, ist ein flexibles Instrument zur Sanierung und Restrukturierung des Schuldnerunternehmens im Rahmen der genannten Insolvenzverfahren. Gläubigerinteressen können damit abseits fester Quoten zur Befriedigung ihrer Insolvenzforderungen abgefunden und an der Sanierung des Unternehmens beteiligt werden. Beispielsweise können Gläubiger statt einer Insolvenzquote mittels Insolvenzplans durch Gewährung von

hopeless, which must be certified by an expert at the time of application (so-called "Section 270b Certificate").

- In contrast to provisional self-administration, the debtor can propose the provisional administrator in protective shield proceedings, whereby the court is in principle bound by the proposal (unless the person proposed is obviously unsuitable). The court can also order that the debtor can establish liabilities in the insolvency assets already in the provisional self-administration procedure, which considerably facilitates the financing of the company under the protective shield procedure. Upon application, enforcement measures can also be prohibited or temporarily suspended.
- The term "protective shield proceedings" must not hide the fact that these are insolvency proceedings which are basically aimed at satisfying creditors. The best possible satisfaction of creditors is to be achieved by the continuation of business operations. Within the scope of the protective shielding procedure, the administrative and disposal powers therefore remain with the company. The operative business can therefore (initially) be continued under the protective shield. However, at the end of the protective shield, i.e. usually three months after the application has been filed, a concept for satisfying or compensating creditors in the form of an insolvency plan must be available and implemented.

### c) Insolvency Plan

- Reorganisation by means of an insolvency plan, e.g. within the framework of the protective shield procedure, is a flexible instrument for the reorganisation and restructuring of the debtor company within the framework of the aforementioned insolvency proceedings. Creditors' interests can thus be satisfied away from fixed quotas to satisfy their insolvency claims and participate in the reorganisation of the company. For example, instead of an insolvency quota, creditors can be compensated by

Geschäftsanteilen am sanierten Unternehmen abgefunden werden (sog. Debt-to-Equity Swap).

- Der Insolvenzplan kann auch auf klassische Instrumente einer übertragenden Sanierung (Asset Deal) zurückgreifen. Mit den dabei von einem Investor eingebrachten Eigenmitteln zum Erwerb der Assets können die Gläubiger im Rahmen des Insolvenzplans abgefunden werden. Auch ein Share Deal oder eine Kapitalherabsetzung mit anschließender Kapitalerhöhung, bei der der Rechtsträger des Schuldnerunternehmens erhalten bleibt, sind möglich. Dabei übernimmt ein Investor nach den Regelungen des Insolvenzplans die Anteile gegen Zahlung eines Planbeitrags. Der Planbeitrag wird dann zur Gläubigerbefriedigung eingesetzt. Im Insolvenzplan können die Verbindlichkeiten des Schuldners modifiziert oder erlassen werden, das heißt, der Schuldner wird entschuldet, so dass der Investor Anteile an einem von den Verbindlichkeiten befreiten Unternehmen erwirbt.
- Zudem können mit Hilfe des Insolvenzplans auch die mit dem Unternehmen verbundenen und für dieses vorteilhaften Kunden-, Lieferanten- und sonstigen Verträge erhalten werden. Um die Bereitschaft der Gläubiger zur Unterstützung des Insolvenzplans zu erhöhen, können Besserungsklauseln vorgesehen werden. Danach erhalten die Gläubiger bei einer erfolgreichen Sanierung einen Anteil an den zukünftigen Gewinnen des Unternehmens.

### 3. Verbesserte Kreditbedingungen und Einführung eines neuen Schnellkredits

- Die KfW hat für den KfW-Unternehmerkredit und den ERP-Gründerkredit die Kreditlaufzeiten verlängert. Ab dem 22. April 2020 beträgt die Kreditlaufzeit für Kredite
  - bis EUR 800.000,00 maximal zehn Jahre (zuvor: maximal fünf Jahre), und
  - über EUR 800.000,00 maximal sechs Jahre (zuvor: maximal fünf Jahre).
- Auf Landesebene arbeitet die LfA Förderbank an der Einführung eines Schnellkredits für Unternehmen mit bis zu zehn Mitarbeitern. Der Schnellkredit soll Unternehmen, Einzelunternehmern und Angehörigen der freien Berufe zur Verfügung stehen, wenn sie

granting shares in the restructured company (so-called Debt-to-Equity Swap).

- The insolvency plan can also make use of classic instruments of a transferring restructuring (asset deal). With the equity capital contributed by an investor to acquire the assets, creditors can be compensated under the insolvency plan. A share deal or a capital reduction with subsequent capital increase, in which the legal entity of the debtor company is retained, is also possible. In this case, an investor takes over the shares against payment of a plan contribution in accordance with the provisions of the insolvency plan. The plan contribution is then used to satisfy creditors. In the insolvency plan, the debtor's liabilities can be modified or waived, i.e. the debtor is discharged from debt so that the investor acquires shares in a company freed from its liabilities.
- In addition, the insolvency plan can also be used to maintain customer, supplier and other contracts that are associated with the company and beneficial to it. In order to increase the willingness of creditors to support the insolvency plan, better fortunes clauses can be provided. Under these clauses, creditors will receive a share of the company's future profits in the event of a successful restructuring.

### 3. Improved Loan Terms and Introduction of a new Express Loan

- KfW has extended the loan terms for KfW Entrepreneur Loan and ERP Start-up Loan. From 22 April 2020, the loan period will be
  - for loans up to EUR 800,000.00 maximum ten years (previously: maximum five years), and
  - for loans over EUR 800,000.00 maximum six years (previously: maximum five years).
- At state level, LfA Förderbank is working on the introduction of an express loan for companies with up to ten employees. The express loan is to be available to companies, sole proprietors and members of the liberal professions if they

- mindestens seit 1. Januar 2019 am Markt aktiv sind und bis zu zehn Beschäftigte haben,
  - zum 31. Dezember 2019 nicht in Schwierigkeiten gemäß EU-Definition waren und
  - in der Summe der Jahre 2017 bis 2019 einen Gewinn erzielt haben.
- Der Darlehenshöchstbetrag soll von der Größe des Unternehmens abhängen:
    - bis fünf Mitarbeiter: EUR 50.000,00 und
    - bis zehn Mitarbeiter: EUR 100.000,00,
 wobei der Kreditbetrag jeweils die Summe von 25% des Jahresumsatzes 2019 nicht übersteigen darf.
  - Die LfA Förderbank plant, den Finanzierungspartner zu 100% vom Risiko freizustellen.
  - Weitere Informationen zu den staatlichen Hilfsmaßnahmen für Unternehmen finden Sie unter folgendem [Link](#).
- have been active on the market at least since 1 January 2019 and have up to ten employees,
  - were not in difficulty as defined by the EU as of 31 December 2019; and
  - have generated a profit in the sum of the years 2017 to 2019.
- The maximum amount of the loan will depend on the size of the company:
    - up to five employees: EUR 50,000.00; and
    - up to ten employees: EUR 100,000.00,
 whereby the loan amount may not exceed 25% of the annual turnover in 2019.
  - LfA Förderbank intends to release the financing partner from 100% of the risk.
  - Further information on state aid measures for companies can be found at the following [link](#).

#### 4. Novelle des Außenwirtschaftsgesetzes

- Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) beschlossen. Es wird erwartet, dass der Gesetzentwurf sehr zeitnah in das parlamentarische Verfahren eingebracht wird. Zudem soll die Investitionskontrolle durch eine Änderung der Außenwirtschaftsverordnung zusätzlich verschärft werden.
- Zukünftig sollen alle meldepflichtigen Erwerbe einem Vollzugsverbot unterliegen. Eine meldepflichtige Beteiligung an einem deutschen Unternehmen soll schwebend unwirksam sein. Das dem Vollzug der Beteiligung dienende Rechtsgeschäft soll erst dann (rückwirkend) wirksam werden, wenn das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) den Erwerb freigibt, nicht fristgerecht untersagt oder die Freigabe als erteilt gilt.
- Es sollen verschiedene Verbotstatbestände eingefügt werden, um einen faktischen Vollzug, soweit er den Sinn und Zweck der Investitionsprüfung unterläuft, präventiv zu verhindern. Insbesondere dürfen dem Erwerber keine Informationen des Zielunternehmens offengelegt werden, die für die Prüfung der Gefährdungstat-

#### 4. Novel of German Foreign Trade Act

- The German cabinet has resolved a draft law to amend the German Foreign Trade Act. The draft law is expected to be introduced into parliamentary proceedings very soon. In addition, investment review is to be further tightened through amendments to the German Foreign Trade Ordinance.
- In the future, all notifiable transactions are to be subject to a prohibition on implementation. A notifiable investment in a German company will be provisionally invalid. The legal transaction effecting the realisation of an investment will only become (retroactively) effective once the Federal Ministry of Economics and Technology (BMWi) clears the acquisition or does not timely block the transaction or the clearance is deemed granted.
- Various grounds for prohibition are to be introduced to help prevent *de facto* implementation of a transaction that would undermine the intent and purpose of investment review. In particular, the acquirer may not have target company information disclosed to it that are relevant for the review of potential risks or the non-disclosure of which has been ordered by the BMWi. An acquirer is also to

bestände relevant sind oder deren Nichtoffenlegung vom BMWi angeordnet wurde. Ferner soll es verboten sein, dem Erwerber die Ausübung von Stimmrechten unmittelbar oder mittelbar zu ermöglichen. Dies schließt die Annahme von Weisungen zur Stimmrechtsausübung mit ein. Ebenso verboten wird es dem Erwerber, den Bezug von Gewinnauszahlungsansprüchen, die mit dem Erwerb einhergehen, oder eines wirtschaftlichen Äquivalents zu gewähren. Verstöße gegen diese Verbote können mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe geahndet werden.

- Die Voraussetzungen für die Untersagung von Investitionen sollen abgesenkt werden. Bisher kann das BMWi Erwerbe nur dann untersagen oder Anordnungen erlassen, wenn die Beteiligung die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet. Zukünftig soll ein geringerer Gefährdungsgrad genügen. Ausreichen soll nun bereits eine „voraussichtliche Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit.“
- Das BMWi will in Kürze Vorschläge zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung vorlegen, welche die Bestimmungen des Außenwirtschaftsgesetzes präzisiert. Ausweislich eines Strategiepapiers ist insbesondere eine Ausweitung der Meldepflicht auf Investitionen in den Bereichen künstliche Intelligenz, Robotik, Halbleiter, Biotechnologie und Quantentechnologie geplant. Bisher betrifft die Meldepflicht vor allem Investitionen in kritische Infrastrukturen und ähnliche Sektoren. Angesichts der COVID-19-Krise wird erwartet, dass weitere Sektoren wie Medizinprodukte und Impfstoffe hinzugefügt werden.
- Weitere Informationen hierzu finden sich in unserer diesbezüglichen [Mandanteninformation](#).

## 5. COVID-19-Pandemie und Veranstaltungsvertragsrecht

- Um Veranstalter vor hohen Schulden und Insolvenzen zu bewahren, plant die Bundesregierung mit einer Formulierungshilfe für einen Gesetzesentwurf zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Veranstaltungsvertragsrecht vom 8. April 2020 eine weitreichende Erleichterung für Veranstalter von Musik-, Kul-

be prohibited from exercising voting rights, whether directly or indirectly. This includes accepting voting instructions. It is furthermore prohibited to allow an acquirer profit distribution rights accompanying an acquisition or an economic equivalent thereof. Violations of these prohibitions can be punished with up to five years in prison or with fines.

- The criteria for a prohibition of investments shall be lowered. Until now, the BMWi has only been permitted to prohibit acquisitions or issue orders when an investment endangers public order or security in the Federal Republic of Germany. In the future, a lower level of risk will suffice. An “anticipated impairment of public order or security” is to be sufficient in the future.
- The BMWi will submit proposals in the near future to amend the German Foreign Trade Ordinance to supplement the provisions of the German Foreign Trade Act. A strategy paper suggests that a particular focus will be planned expansions of the notification requirements for investments, which currently mainly cover investments into critical infrastructures and related sectors, into the areas of artificial intelligence, robotics, semiconductors, bio-technology and quantum technology. In the light of the COVID-19 crisis, it is expected that other sectors like medical devices, vaccines etc. will be added to that list of sectors.
- For a more detailed summary, please see also our respective [Client Information](#).

## 5. COVID-19-Pandemic and Event Contract Law

- In order to protect organisers from high debts and insolvencies, the Federal Government plans to provide far-reaching facilitation for organisers of music, cultural, sports or other leisure events by way of a formulation assistance for a draft of a law to mitigate the consequences of the COVID-19 pandemic in the event contract law as of 8 April



tur-, Sport- oder sonstigen Freizeitveranstaltungen. Diese könnte insbesondere für betroffene Portfoliounternehmen in dieser Branche von Bedeutung sein.

- Geplant ist eine sogenannte Gutscheinelösung, nach der der Veranstalter dazu berechtigt ist, dem Inhaber einer vor dem 8. März 2020 erworbenen Eintrittskarte oder sonstigen Teilnahmeberechtigung anstelle einer Erstattung des Eintrittspreises oder sonstigen Entgelts einen Gutschein zu übergeben, wenn eine Musik-, Kultur-, Sport- oder sonstige Freizeitveranstaltung aufgrund der COVID-19-Pandemie nicht stattfinden konnte oder kann. Entsprechendes soll auch für Nutzungsberechtigungen für eine Musik-, Kultur-, Sport- oder sonstige Freizeiteinrichtung gelten. Diese Regelung gilt nur, wenn ein Veranstalter oder Betreiber einer Freizeiteinrichtung nach geltendem Recht erstattungspflichtig ist. Dies ist zu bejahen, wenn für die Leistung, die nicht mehr erbracht werden kann, bereits im Voraus bezahlt wurde. Die geltende Rechtslage, dass man nicht zahlen muss, wenn der Vertragspartner seinerseits nicht leistet, wird durch die Neuregelung nicht berührt.
  - Der Wert des Gutscheins muss den gesamten Eintrittspreis oder das gesamte sonstige Entgelt einschließlich etwaiger Vorverkaufsgebühren umfassen. Für die Ausstellung und Übersendung des Gutscheins dürfen keine Kosten in Rechnung gestellt werden. Eine Auszahlung des Gutscheins ist nur möglich, wenn (i) der Verweis auf einen Gutschein für ihn angesichts seiner persönlichen Lebensumstände unzumutbar ist oder (ii) er den Gutschein bis zum 31. Dezember 2021 nicht eingelöst hat.
  - Die geplante gesetzliche Regelung erfasst nur Freizeitveranstaltungen bzw. -einrichtungen. Veranstaltungen, die im beruflichen Kontext erfolgen, insbesondere Fortbildungen, Seminare, Fachmessen und Kongresse, werden ausdrücklich nicht erfasst.
  - Die Formulierungshilfe für den Gesetzesentwurf vom 8. April 2020 finden Sie unter folgendem [Link](#).
  - Weitere Informationen finden Sie bei den amtlichen Fragen und Antworten zur Gutscheinelösung vom 8. April 2020 unter folgendem [Link](#).
2020. This could be of particular importance for affected portfolio companies in this sector.
- A so-called voucher solution is planned, according to which the organiser is entitled to hand over a voucher to the holder of an admission ticket or other entitlement to participate purchased before 8 March 2020 instead of a refund of the admission price or other remuneration, if a music, cultural, sports or other leisure event could not or cannot take place due to the COVID-19 pandemic. The same shall also apply to rights of use for a music, cultural, sports or other leisure facility. This provision shall only apply if an organiser or operator of a leisure facility is liable for reimbursement under applicable law. This is to be affirmed if the service, which can no longer be provided, has already been paid for in advance. The new regulation does not affect the current legal situation that one does not have to pay if the contractual partner does not perform on his part.
  - The value of the voucher must include the full admission price or any other consideration including any advance booking fees. No costs may be charged for issuing and sending the voucher. The voucher can only be paid out if (i) the reference to a voucher is unreasonable for him in view of his personal circumstances or (ii) he has not redeemed the voucher by 31 December 2021.
  - The planned legal regulation only covers leisure events or facilities. Events that take place in a professional context, in particular further training, seminars, trade fairs and congresses, are expressly not covered.
  - The wording of the draft law of 8 April 2020 can be found under the following [link](#).
  - For further information, please refer to the official questions and answers regarding the voucher redemption of 8 April 2020 under the following [link](#).

## 6. Gutscheinelösung bei Pauschalreisen und Fluggastrechten

- Pauschalreisen und Fluggastrechte unterliegen dem europäischen Recht. Der deutsche Gesetzgeber strebt auch für diese Fälle eine vergleichbare Gutscheinelösung (s.o.) an und hat sich daher an die EU-Kommission gewendet. Ob und wann eine einheitliche europäische Regelung getroffen wird, ist abzuwarten.
- Die EU-Kommission hat im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie zu den EU-Verordnungen über Passagierrechte [Auslegungsleitlinien](#) veröffentlicht.

## 7. Kurzarbeitergeld, neuer Arbeitsschutzstandard und COVID-19-Tracking-Apps

- Die Zahl der Unternehmen in Deutschland, die Kurzarbeit angemeldet haben, ist laut Bundesagentur für Arbeit auf 725.000 gestiegen. Die Anhebung des Kurzarbeitergeldes von 60% (bzw. 67% bei Beschäftigten mit Kindern) auf 80% (und 87%) wurde in den letzten Tagen kontrovers diskutiert. Der Koalitionsausschuss hat sich nun gestern Abend auf eine Anhebung des Kurzarbeitergeldes geeinigt. Ab dem vierten Monat wird das Kurzarbeitergeld auf 70% (und 77%) und ab dem siebten Monat auf 80% (und 87%) erhöht. Dies gilt für Arbeitnehmer, die Kurzarbeitergeld für eine um mindestens 50% reduzierte Arbeitszeit erhalten. Darüber hinaus werden ab dem 1. Mai 2020 bis Ende 2020 bestehende Hinzuverdienstmöglichkeiten erweitert.
- Andere Unternehmen hingegen nehmen den Betrieb wieder auf und sehen auch ein Ende der Kurzarbeit in Sicht. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat im Zuge der Lockerung der COVID-19 Maßnahmen den neuen einheitlichen Arbeitsschutzstandard vorgestellt (sog. SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard). Demnach sollen Betriebe den Arbeitsschutz gewährleisten und zum Beispiel die arbeitsmedizinische Vorsorge ausweiten, den Sicherheitsabstand von 1,5 m auch bei der Arbeit gewährleisten, zusätzliche Hygienemaßnahmen treffen und dafür sorgen, dass Risikogruppen besonders geschützt sind. Hierbei ist

## 6. Voucher Redemption for Package Holidays and Air Passenger Rights

- Package holidays and air passenger rights are governed by European law. The German legislator is also aiming for a comparable voucher solution for these cases (see above) and has therefore approached the EU Commission. It remains to be seen whether and when a uniform European regulation will be adopted.
- In connection with the COVID-19 pandemic, the EU Commission has published [interpretation guidelines](#) on the EU regulations on passenger rights.

## 7. Short-Time Working Allowance, new occupational Health and Safety Standard and COVID-19-Tracking-Apps

- According to the Federal Employment Agency, the number of companies in Germany that have registered short-time work has risen to 725,000. The increase of the short-time work allowance from 60% (or 67% for employees with children) to 80% (and 87%) has been the subject of controversial discussions in recent days. The coalition committee has agreed on an increase of the short-time work allowance yesterday evening. From the fourth month, the short-time work allowance will be increased to 70% (and 77%) and from the seventh month to 80% (and 87%). This applies to employees who receive short-time work allowance for working hours reduced by at least 50%. In addition, from 1 May 2020 until the end of 2020, existing additional earning opportunities will be expanded.
- Other companies, however, are resuming operations and also see an end to short-time work in sight. In the course of the relaxation of the COVID-19 measures, the Federal Ministry of Labour and Social Affairs has presented the new uniform occupational safety standard (so-called SARS-CoV-2 occupational safety standard). According to this standard, companies are to ensure occupational safety and health and, for example, extend occupational medical precautions, ensure that a safety distance of 1.5 m is maintained at work, take additional hygiene measures and ensure that risk groups are particularly protected. The legal nature of the new occupational health and safety standard



die Rechtsnatur des neuen Arbeitsschutzstandards unklar. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil sprach von "bundesweit klare(n) und verbindliche(n) Standards", es scheint sich aber aktuell (noch) um Empfehlungen zu handeln. Jedenfalls handelt es sich nicht um eine Arbeitsschutzstrategie im Sinne des Arbeitsschutzgesetzes, die bei Nichteinhaltung zu Maßnahmen oder Bußgeldern führen könnte. Für eine solche Arbeitsschutzstrategie wäre eine nationale Arbeitsschutzkonferenz erforderlich. Nähere Informationen zu dem neuen Arbeitsschutzstandard finden Sie unter folgendem [Link](#).

- Zur Umsetzung der Arbeitsschutzstandards soll ein zeitlich befristeter Beraterkreis aus Sachverständigen und Vertreter\*innen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA), des Robert-Koch Instituts (RKI), je zwei Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Unfallversicherungsträger (UVT) und der Länder eingerichtet werden, der die weitere Entwicklung der COVID-19-Pandemie verfolgt und gegebenenfalls notwendige Anpassungen am vorliegenden Arbeitsschutzstandard vornimmt.
- In der Diskussion ist derzeit der Einsatz verschiedener COVID-19-Tracking- und -Tracing-Apps, beispielsweise die Corona-Datenspende-App des Robert-Koch-Instituts (Informationen hierzu unter folgendem [Link](#)). In datenschutzrechtlicher Hinsicht stützt sich die Befugnis zur Verarbeitung der personenbezogenen Daten auf die Einwilligung des Nutzers (vgl. beispielsweise Ziffer 2 der Datenschutzerklärung zur [Corona-Datenspende-App](#)). Die Einwilligung gilt jedoch nur dann als wirksam erteilt, wenn sie freiwillig erfolgte. Von Freiwilligkeit kann nicht mehr ausgegangen werden, wenn etwa Arbeitgeber ihre Mitarbeiter anweisen oder zumindest (psychischen) Druck ausüben, eine derartige App zu benutzen.
- To implement the occupational health and safety standards, a temporary advisory group of experts and representatives of the Federal Ministry of Labour and Social Affairs, the Federal Institute for Occupational Safety and Health, the Robert Koch Institute, two representatives each of the German Trade Union Confederation, the Confederation of German Employers' Associations, the accident insurance institutions and the federal states is to be set up to monitor the further development of the COVID-19-pandemic and make any necessary adjustments to the present occupational health and safety standard.
- Various COVID-19 tracking and tracing apps are currently being discussed, such as the Corona Data Donation App of the Robert Koch Institute (information under the following [link](#)). With regard to data protection law, the entitlement to process the personal data is based on the user's consent (e.g. reference is made to section 2 of the data protection declaration of the [Corona Data Donation App](#)). However, this consent is only deemed to have been given effectively if it is given voluntarily. Voluntariness can no longer be assumed if, for example, employers instruct their employees or at least exert (psychological) pressure to use such an app.

Haben Sie weitere Fragen? Kontaktieren Sie uns:

If you have further questions, please contact us:

*Ralf Bergjan – [ralf.bergjan@pplaw.com](mailto:ralf.bergjan@pplaw.com)*

*Tobias Jäger – [tobias.jaeger@pplaw.com](mailto:tobias.jaeger@pplaw.com)*

*Daniel Wiedmann – [daniel.wiedmann@pplaw.com](mailto:daniel.wiedmann@pplaw.com)*

*Jasmin Wagner – [jasmin.wagner@pplaw.com](mailto:jasmin.wagner@pplaw.com)*

*Benjamin Aldegarmann – [benjamin.aldegarmann@pplaw.com](mailto:benjamin.aldegarmann@pplaw.com)*

*Nemanja Burgic – [nemanja.burgic@pplaw.com](mailto:nemanja.burgic@pplaw.com)*

*Michaela Lenk – [michaela.lenk@pplaw.com](mailto:michaela.lenk@pplaw.com)*

*Matthias Meier – [matthias.meier@pplaw.com](mailto:matthias.meier@pplaw.com)*



### Über P+P Pöllath + Partners

P+P Pöllath + Partners ist mit mehr als 140 Anwälten und Steuerberatern an den Standorten Berlin, Frankfurt und München tätig. Die Sozietät konzentriert sich auf High-End Transaktions- und Vermögensberatung.

P+P-Partner begleiten regelmäßig M&A-, Private Equity- und Immobilientransaktionen aller Größen. P+P Pöllath + Partners hat sich darüber hinaus eine führende Marktposition bei der Strukturierung von Private Equity- und Real Estate-Fonds sowie in der steuerlichen Beratung erarbeitet und genießt einen hervorragenden Ruf im Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht sowie in der Vermögens- und Nachfolgeplanung für Familienunternehmen und vermögende Privatpersonen.

P+P-Partner sind als Mitglieder in Aufsichts- und Beiräten bekannter Unternehmen tätig und sind regelmäßig in nationalen und internationalen Rankings als führende Experten in ihren jeweiligen Fachgebieten gelistet. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite [www.pplaw.com](http://www.pplaw.com).

### About P+P Pöllath + Partners

P+P Pöllath + Partners is an internationally operating law firm, whose more than 140 lawyers and tax advisors in Berlin, Frankfurt and Munich provide high-end legal and tax advice.

The firm focuses on transactional advice and asset management. P+P partners regularly advise on corporate/M&A, private equity and real estate transactions of all sizes. P+P has achieved a leading market position in the structuring of private equity and real estate funds and tax advice and enjoys an excellent reputation in corporate matters as well as in asset and succession planning for family businesses and high net worth individuals.

P+P partners serve as members of supervisory and advisory boards of known companies. They are regularly listed in domestic and international rankings as the leading experts in their respective areas of expertise. For more information please visit our website [www.pplaw.com](http://www.pplaw.com).